

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 2. August. Ueber die Erweiterung des preussischen Staatsbahnnetzes schreibt die „Magdeb. Ztg.“:

Von der Staatsregierung ist es bisher als ein besonderer Vortheil angesehen worden, bei Erweiterung des Eisenbahnnetzes nicht nach einem bestimmten, für einen längeren Zeitraum aufgestellten Plane zu verfahren, sondern bei der dem Landtage zu machenden Vorlage lediglich das zur Zeit bestehende Bedürfniß entscheiden zu lassen, sowie große durchgehende Linien zu vermeiden und nur solche Linien zu schaffen, welche den betreffenden Landestheilen zur Aufschließung der einzelnen Parzellen dienen, und sich an die Bedürfnisse dieser Landestheile thunlichst anschließen.

Mit Rücksicht auf diese wichtigen Gesichtspunkte hat die Staatsregierung bisher für alle noch erforderlichen Bahnen in Bezug auf Bau und Betrieb den Charakter als Bahnen untergeordneter Bedeutung festgehalten und nur solche Linien zur Ausführung gebracht, für welche die beteiligten Kreise mindestens die vollen Kosten des Grundverkehrs übernommen haben. Hiernach ist seit der ersten Seftindarbahnavorlage verfahren und bis zum 1. April d. J. das Staatsbahnetz um rund 420 km Bahnen untergeordneter Bedeutung vergrößert worden, so daß sich nimmehr auf Grund dieser ausgedehnten, auf alle Provinzen sich erstreckenden Erfahrungen ein sicheres Urtheil fällen läßt, in wie weit die bisher beobachteten Grundätze auch fernerhin beizubehalten sind. Was zunächst die große Anzahl kurzer Sackbahnen betrifft, bei denen eine Verlängerung nicht zu erwarten und die Einföhrung des Seftindarbetriebes auch für den Personenverkehr ohne besonderen Nachtheil ist, so haben sich zwar bei diesen Bahnen die für Anlage und Betrieb derselben aufgestellten Grundätze im Allgemeinen bewährt; in die vielen Fällen schon jetzt hervorgetreten und sich zurückweisenden Anträge auf Verlängerung derartigen Sackbahnen lassen jedoch erkennen, daß auch bei diesen Bahnen mit der Möglichkeit einer späteren Verlängerung gerechnet und daher vermieden werden muß, irgend welche Anordnungen zu treffen, welche eine spätere Verlängerung erschweren könnten. Bei den übrigen Bahnen dagegen, welche über den Charakter kurzer Sackbahnen hinausgehen, hat sich ergeben, daß die bisher beobachteten Grundätze weder im militärischen, noch Verkehrs-, noch im ökonomischen Interesse der Eisenbahnen selbst vollständig aufrecht erhalten werden können.

Es nun zunächst auffallen, daß während der bereits 10 Jahre dauernden Sekundärbahnperiode Vollbahnen, außer der bereits von der Privatbahn gebauten 83 Kilometer langen Strecke Kreuzburg-Tarnowitz, nur die Strecken Crinit-Rüthenhausen und Gscheid-Probitzella mit zusammen 103 Kilometer Länge zur Ausführung gekommen sind, und sich somit die Staatsregierung der Ansicht zuneigen scheint, daß die Zeit für die Anlage neuer Vollbahnen überhaupt vorüber, sowie auch die Umwandlung von Nebenbahnen in Vollbahnen nicht mehr zu erwarten sei. Nun zeigt aber nicht nur das Beispiel der Berliner Korbahn, die, zuerst als Sekundärbahn betrieben, nach wenigen Jahren von Schnellzügen befahren wurde, und jetzt schon streckenweise ein zweites Geleise erhalten soll, sondern auch verschiedene anderer Bahnen, deren Verkehrsverhältnisse sich soweit gehoben haben, daß der Übergang zur Vollbahn nur eine Frage kurzer Zeit sein kann, wie es überhaupt als der natürliche Vorgang angesehen werden muß, daß wenigstens ein Teil der Nebenbahnen in Folge der Zunahme des Verkehrs mit der Zeit in Vollbahnen übergeht.

Wenn aber auch die Nebenbahnen in der ersten Zeit und bis zur vollen Entwicklung der Eisenbahn wegen als Bahnen untergeordneter Bedeutung betrieben werden, so muß doch wenigstens in der Wahl der Linie und beim Bau selbst Alles vermieden werden, was die spätere Umwandlung in eine Vollbahn erschweren könnte. Leider ist dieser wichtige Gesichtspunkt bisher fast ganz außer Acht gelassen worden. So sehen wir z. B., daß bei dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in den östlichen Provinzen auf die im militärischen und Verkehrsinteresse wichtige Verbesserung der Verbindungen zwischen Berlin und dem Osten durch die Linien **Berlin-Königsberg**, **Arnswalde**, **Neufettin** und **Wappen-Binne-Dornbl-Kogalen-Eigenau** Grim-**Bromberg** keine Rücksicht genommen worden ist; daß bei der Anlage der Nebenbahnen **Gleiwitz-Kybnitz-Ansbach**, sowie **Oppeln-Deutsch-Weipe**, **Grottau** und **Strehlau** die so dringende Entlastung der obersteilsten Hauptbahn keine Berücksichtigung gefunden hat; wir finden ferner in den westlichen Provinzen, daß die wichtige Verbindung zwischen der **Main-Weier** und **Mehr-Sieg-Bahn** über **Laasbühl**, die links die internationale Verbindung zwischen der **Saarbrühnischen** und belgischen Bahn über **Gerolstein** und **St. Vith** dem Ansehen nach für immer Bahnen untergeordneter Bedeutung bleiben sollen.

Noch beachtlicher ist es, daß auch bei dem Bau der Nebenbahnen die Umwandlung in Vollbahnen dadurch sehr erschwert wird, daß die Erdarbeiten selbst in nur hügeligen Gegenden an zu geringehender Detonomie mit sehr ungünstigen Steigungen- und Krümmungsverhältnissen angelegt worden sind. Die Bahnen haben dadurch fast den Charakter von Gebirgsbahnen erhalten, und ihr Betrieb wird unumgänger Weise erschwert und verteuert, sowie die militärische Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Da überdies sich erst neuerdings wieder herausgestellt hat, daß bei längeren Bahnen der Selbstdarbtrieb theurer ist, so darf wohl angenommen werden, daß auf Grund dieser Erfahrungen die Staatsbahnverwaltung sich wieder mehr dem Vollbetriebe zuwenden und bei Erweiterung des Eisenbahnnetzes nach einem, auch den zukünftigen Verkehrsebedürfnissen Rechnung tragenden Plane verfahren wird, soweit sich dieselben irgend vorausschen lassen.

Der fortschrittlichen Presse sind die Mittheilungen des früheren französischen Kriegsministers Ferron über die **Volanger'schen Baracken-Bauten** an der deutschen Grenze im Winter 1886/87 sehr unebenem. Bekanntlich hat, weil diese verdächtigen Vorbereitungen in dem Wahlkampfe vom Januar und Februar 1887 eine gewisse, wenn auch keineswegs große Bedeutung erlangten, Herr Richter das damalige Wahlergebniß, den gegenwärtigen Reichstag für ein Erzeugniß der „Angst“, Herr Dr. Damberger es für ein Produkt der „Dummheit“, des deut-

ischen Volkes erklärt. Da ist es natürlich sehr unangenehm, wenn ein früherer französischer Minister, der unmittelbar Nachfolger Boulangers an der Spitze des Kriegsdepartements, bezeugt, daß dieser die vielbesprochenen Baraden damals in der That behufs einer sehr verdächtigen, raschen Verstärkung der Truppen im Nordosten Frankreichs hat erbauen lassen, und daß Herron selbst dann diese Verstärkung in der Höhe von 25,000 Mann vorgenommen hat. Mit der „Angst“ und der „Dummheit“ derjenigen Deutschen, welche 1887 diese Vorgänge trotz des Spottes der fortschrittlichen Wahlagitatoren ernsthaft nahmen, ist es offenbar nicht so schlimm gewesen, wie die Herren Richter und Bamberger glauben machen wollten.

Bezugs der Ablenkung der Aufmerksamkeit von diesem naheliegenden Gedanken wird nun in den fortschrittlichen Blättern ausgeführt, es komme gar nicht darauf an, ob damals eine Kriegesgefahr vorhanden war oder nicht; mit dieser Frage habe der Streit um das Septennat nichts zu schaffen gehabt. Das ist in der Hauptsache ganz richtig; aber die fortschrittlichen Ängstigungen widerlegen damit nur selbst die Schmälgungen, mit denen sie bisher den jetzigen Reichstag und die Mehrheit, welche ihn wählte, überhäuft haben, indem sie behaupteten, diese habe sich eine erfindene Kriegesgefahr aufbunden lassen und habe aus Angst vor ihr so gewählt, wie es geschehen ist. Die Wahlen vom 22. Februar 1887 erfolgten, weil die Mehrheit des deutschen Volkes unter den herrschenden europäischen Verhältnissen einen Streit zwischen Regierung und Reichstag darüber, ob die Veresstärke auf 7 oder auf 3 Jahre festgesetzt werden sollte, für irrid hielt weil sie um eines so leeren Zweckes willen nicht einen Verfassungskampf, der beim Obliegen der fortschrittlichen Taktik in sicherer Aussicht stand, in dem jungen deutschen Reiche zulassen wollte. Gleichwohl waren die damaligen Beulangerischen Vorbereitungen nicht ohne jede Bedeutung für den Wahlkampf. Sie bewiesen, indem sie die besändig von Frankreich drohende Gefahr in einem kritischen Augenblicke besonders einleuchtend machten, wie unverantwortlich es von den Deutschfreisinnigen und ihren Genossen war, einen völlig zwecklosen Kampf zwischen der Volksvertretung und der Regierung anzustellen, wie richtig es andererseits war, dieser töbhrigen Politik wenigstens auf sieben Jahre einen Nigel vorzuschieben. Insofern haben die Mittheilungen des Generals Ferron allerdings die nachträglich diese fortschrittliche Politik noch kompromittirende Bedeutung, welche die Parteipresse ganz richtig empfindet und zu verurtheilen bemüht ist.

Da diese aber auf den hauptsächlichsten Inhalt des damaligen Wahlkampfes erinnet, der in der That nicht um die Frage der unmittelbaren Kriegsgesfahr von 1887, sondern um die Bedeutung des Septennats sich drehte, so liegt es nahe, auf die Bedeutung hinzuweisen, welche diese Frage seitdem durch die Ereignisse erfahren hat. Die Herren Windthorst, Richter und Genossen wollten im aufgelösten Reichstag angeblich „jeden Mann und jeden Groschen“ auf drei statt auf sieben Jahre bewilligen. Die drei Jahre sind beinahe verlossen; ist inzwischen die leiseste Möglichkeit einer Verminderung der Militärkraft eingetreten? Im Gegentheil: sogar die Herren Windthorst, Richter und Genossen haben sich der Zwischenzeit genötigt, neuen, schwerwiegenden Verstärkungen der deutschen Kriegsmacht zuzustimmen. Wäre nach dem Willen der Majorität des aufgelösten Reichstags die Heeresstärke 1887 nur auf drei Jahre anstatt auf sieben befristet worden, so ständen uns für die nächste Reichtagssession neue überflüssige parlamentarische Kämpfe um die Grundlagen des deutschen Heerwesens bevor. Niemand wird glauben, daß die häufige Wiederholung solcher den Respekt vor der Macht Deutschlands, der ein wesentliches Element der Aufrechterhaltung des Friedens Europas ist, erhöhen oder auch nur unvernünftiger lassen würde.

— Immer deutlicher stellt sich heraus, daß der **Streit mit der Schweiz**, trotz der Kündigung des Niederlassungsvertrages, in den nächsten Tagen eine sehr heftigswillige **Wendung** genommen hat. Wir haben bereits die amtliche Kundgebung aus Bern mitgetheilt, wonach die Haltung der letzten deutschen Antivornote die Erwartung nicht ausschließt, daß die schwebenden Fragen einer „ruhigen Lösung“ entgegengeführt werden können. Die „Neue Zürcher Ztg.“, welche die Tage bisher sehr ernst aussagte, giebt jetzt gleichfalls eine zuversichtlicheren Stimmung Raum; sie meint, daß es allerdings nicht leicht sein werde, für den streitigen Artikel II. eine beide Theile befriedigende Fassung zu finden, zweifelt aber nicht an dem Zustandekommen einer Verständigung. Das Blatt schließt:

"Auf welche Ursachen die günstige Wendung der Dinge zurückzuführen sei, dies zu erklären wird die Presse noch oft Gelegenheit haben. Man mag annehmen, daß sie auf den direkten Einfluß des Kaisers erfolgt sei, der vor einigen Tagen von seiner nordischen Fahrt zurückgekehrt ist; es mag auch die Ansicht richtig sein, daß der Reichskanzler nun selbst die Angelegenheit an Hand genommen hat und nach seiner alten bewährten Politik zu erledigen sucht. Oder es mögen auch beide Meinungen richtig sein. Genug, wir freuen uns, daß jetzt gegründete Aussichten auf friedliche Beilegung eines widerigen, uns durchaus unerwünschten Streites vorhanden sind."

Der Reichsfürstler hatte allerdings auch bisher schon die Noten an die Schweiz unterzeichnet, sich in der geschäftlichen Führung der Sache aber wohl durch seinen Sohn, den Staatssekretär Grafen Herbert, vertreten lassen. Es ist immerhin möglich, daß er jetzt auf besonderen Wunsch des Kaisers die direkte Leitung der Angelegenheit wieder übernehmen und sie in ein ruhigeres Fahrwasser hinführen wollte. Daß der Kaiser eine baldige friedliche Verständigung mit der Schweiz von Herzen wünscht, hat er schon vor dem Austritt seiner Nordbahnfahrt öffentlich gethan.

— Ueber den Ausfall der **Stichwahl in Galtbachtal** meldet die „Kreuztg.“, daß die Wahl des **conservativen Kandidaten, Herrn John**, gesichert sei; man zähle 6600 Stimmen für ihn, 6150 für Dr. Mar Weber (nat.-lib.). Die Bestätigung bleibt abzuwarten. „Die Mehrheit wird“, so schreibt die „N.-A. N.“, allem Anschein nach haben und drücken eine ziemlich geringfügige sein. Die Wahlberechtigung war offenbar noch schwächer, als beim

ersten Wahlgänge, was dadurch allerdings erklärt wird, daß die Hälfte der Sozialdemokraten von der Urne fern geblieben ist, die andere Hälfte hat sich dem konfessionellen Kandidaten zur Verfügung stellen lassen. Wir haben die Bewerbung um sozialistische Stimmen durch gewöhnliche konservative Führer schon am 22. Juli genügend gekennzeichnet. Die aus der Stadt Halberstadt, aus Osterleben und aus Osterwieck, dem Wohnsitze des konfessionellen Kandidaten, vorliegenden Ziffern sprechen deutlich für den Erfolg. Im Vergleich zur ersten Wahl wurden nach den in der „Magdeburger Zitg.“ vorliegenden Einzelmeldungen u. A. abgegeben: in Halberstadt am 16. Juli: 840 nL, 450 f., 13 fr., 1786 soz., am 1. August 1341 nL, 765 f., in Gröningen am 16. Juli: 318 nL, 9 f., 4 fr., 9 soz.; am 1. August 272 nL, 18 f.; in Osterwieck am 16. Juli: 26 nL, 496 f., 39 fr., 250 soz.; am 1. August: 70 nL, 568 f., in Osterleben am 16. Juli: 242 nL, 349 f., 187 fr., 111 soz.; am 1. August: 456 nL, 478 f.; in Hamersleben am 16. Juli: 224 nL, 40 f., 4 fr., 2 soz.; am 1. August: 279 nL, 70 f.; in Harsleben am 16. Juli: 959 nL, 4 f., 4 fr., 3 soz.; am 1. August: 141 nL, 11 f. Im Allgemeinen erhebt sich aus diesen Ziffern, daß schwertlich mehr als wiederum 15,000 von 34,000 Wahlberechtigten an der Abstimmung teilgenommen haben.

— Die Zeit, da für einen großen Theil der preussischen Gymnasien wieder der Schluß des Schuljahres herannäht, stellt eine große Anzahl von Eltern und jungen Leuten vor die schwierige und wichtige Frage der **Berufswahl**. Im Hinblick hierauf bemerkt die „**Köln. Zig.**“: „Die Presse erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie mit allem Nachdruck davor warnt, ohne sichere Aussicht und genügenden Rückhalt die Laufbahn der gelehrten Berufe zu betreten. Die letzten Monate haben uns eine häufige Erörterung des leidigen Gegenstandes „gebildetes Proletariat“ gebracht, und man sollte eigentlich annehmen, daß das Dasein desselben nimmere in den weitesten Kreisen nicht übergehen würde. Allein das ist leider nicht der Fall, noch immer giebt es Eltern genug, welche der Ansicht sind, daß auf der juristischen und medicinischen Laufbahn die Kofen so reichlich vorhanden sind, daß man nur die Hand auszustrecken braucht, um sie zu pflücken! Möchten es sich die jungen Leute, welche das Gymnasium abgemacht haben, doppelt und dreifach überlegen, bevor sie sich den höheren Studien, insbesondere der Heilkunde, der Rechtswunde oder auch dem höheren Lehrmate widmen. Sind sie nicht in der Lage, für eine Reihe von Jahren hinaus aus besondern Mitteln den standesgemäßen Lebensunterhalt bestreiten zu können, so dürfen sie einer recht herben Prüfungszeit entgegen gehen. Wir haben wiederholt betont, daß der Staat nicht allein im Stambe ist, den Gefahren, welche das Dasein eines gelehrten Proletariats bedeutet, zu begegnen, sondern die Gesellschaft zu diesem Behufe ihre Thätigkeit neben der seignen entfalten muß. Es ist unbedingt geboten, daß alle Eltern, welche sich der verantwortlichen Entscheidung gegenüber gestellt sehen, dieselbe nicht in der Weise treffen, daß das Heer der verlassenen, mit sich und den bestehenden Zuständen gefallenen gelehrten Proletariat dadurch noch größer wird, als es bisher schon ist, und so die Gefahren vermehrt werden, welche dies für das Wohl und die Sicherheit der Gesellschaft bedeutet. Niemand kann sich heute mehr mit der Unkenntniß in Betreff der Aussichten entschuldigen, welche die gelehrten Berufe darbieten, sondern Jeder weiß zur Genüge, daß dieselben so ungünstig sind wie nur möglich. Wer sich trotzdem ihnen zuwendet, wird auch die Folgen allein zu tragen haben und die Verantwortlichkeit nicht auf Andere abladen können.“

Potsdam, 2. August. Das Marmor-Palais bei Potsdam, dessen Umgebung Jahre hindurch für das große Publikum abgesperrt war, bildet in diesem Sommer den Hauptanziehungspunkt der die Havel-Ressidenz besuchenden Fremden. Darf auch das Innere selbst nicht betreten werden, so bieten doch schon die dasselbe einschließenden Anlagen einen großen Genuss. Unweit des Hauptweges neben dem Rosengarten liegt ein versteckter Platz, zu dem man auf einem schmalen, laubüberdeckten Gange gelangt und woher die Gärten der Prinzen entfährt. Mitten durch die Gärten, die durch ein niedriges Holzgitter im Gange unschlössen und ebenso durch ein solches wieder von einander getrennt sind, geht ein schmaler Fußweg, der an den einzelnen Grenzen durch Bogen überspannt ist, an denen sich Schlingengewächse entlang ranken. Über einzelne Gärten birgt 4 Beete, von denen das eine mit Erbsen, das zweite mit buntfarbigem Blattspinat, das dritte mit Pelargorien bepflanzt ist, während das aus Kies gebildete vierte Beet die aus rother Ziegelerde geformten Anfangsbuchstaben der Prinzen trägt. Auf dem des Kronprinzen sieht man K. F. W., bei den übrigen P. F. (Eitel-Friedrich), P. A. (Albalt), P. A. W. (August Wilhelm) und P. O. (Oskar). Eine schmale Steinmauer bildet die Einfassung der sehr sauber gehaltenen Beete, in die sich Fußwege, mit gelbem Kies bestreut, hinziehen. Um das Ganze zieht sich eine steinerner Vordrschwelle, die von Erbsenranken bedeckt ist. Immer zwischen zwei Gärten befindet sich eine kleine brunnenerartige Vertiefung, aus welcher die Prinzen das Wasser zum Begießen der Blumen nehmen. Den Eingang zu dem Gärten bilden kleine, ebenfalls aus Holzstäben gefertigte Thüren, die durch einen Haken aus starkem Draht geöffnet und geschlossen werden. Nur an dem Garten des Prinzen Oskar fehlt eine solche Thür. Als einer der Prinzen die Mutter fragte, weshalb sein jüngstes Brüderchen keine Thür habe, soll sie geantwortet haben, das dieser ja noch nicht gehen und die Thür öffnen und schließen könne. Sobald er laufen gelernt, solle auch er eine Thür erhalten. Ein Lieblingsplatz der Kaiserin befindet sich auf der großen Kalenfläche vor dem Schlosse. Hier sind die langen Zweige einer uralten Linde bis zum Erdboden herabgezogen, wo sie Wurzeln geschlagen haben, und nun bilden sie um den Hauptstamm eine große Laube mit 4 bogenförmigen Zugängen. Eine an den Stamm lehrende Bank dient der Kaiserin als Sitz, von dem aus sie einen Blick auf das Schloß und auf den Spielplatz ihrer Kinder hat. Erwähnenswerth ist noch die Sandsteinmauer des Erbauers des Schloßes, Königs Friedrich Wilhelm II., welche in einem

dunklen Cyprussenhain unweit des Sees steht,
 und zu der man vom Schlosse aus bei der alten
 Kette vorbeigeht, aus welcher ein unter-
 irbischer Gang zum Schlosse führt. Der König,
 welcher auch in dem Schlosse starb, verwendete
 seine ganze Vorliebe auf diese seine Schöpfung,
 und noch heute zeigt der Garten in allen seinen
 Statuen, Grotten, Gartenhäuschen und Pavillons
 den Sinn und die Neigung des Königs.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. August. Aus Galizien wird eine beständige Verschärfung der zwischen den **ruthenischen Bauern** und den **polnischen Gutsbesitzern** bestehenden Differenzen gemeldet, die namentlich in Folge der Nähe der russischen Grenze gewiß eine sehr bedeutenden Seiten hat. So wurde unlängst in dem unweit der russischen Grenze liegenden Dorfe Popowle nahezu die halbe Bevölkerung wegen eines Agrarstreites mit dem dortigen Gutsbesitzer verhaftet und nach der Stadt Jockowow transportirt, um dort abgeurtheilt zu werden. Die ruthenischen Bauern begehren alles Ernstes Reisepässe, weil sie lieber nach Rußland auswandern, als unter dem Druck ihres Gläubigers weiter leben wollen. Daß solche Verhältnisse nicht dazu beitragen, die Ruthenen in ihrer Anhänglichkeit an Oesterreich zu bestärken, liegt auf der Hand und es ist nur zu beklagen, daß die staatlichen Verwaltungs-Organe, welche sich durch strenge Objectivität das Verrathen der Ruthenen leicht eringen könnten, meist nur im Interesse der polnischen Welspartei interveniren und so das Oidium der **Glacizigen Wirtschaft** dem österreichischen Staate aufhalsen.

Schweiz.

Uzern, 1. August. Der **Chef des Generalstabes**, General der Kavallerie **Graf von Waldersee**, hat in Engelberg, **Kardinal Vigier** in Auenstein Aufenthalt genommen.

Frankreich.

Paris, 31. Juli. Es macht hier in Depu-
tiertenkreisen berechtigtes Aufsehen, daß der
Ministerpräsident **Tirad** und der Kriegsmini-
ster **de Freycinet** von Politikern der rati-
onalen Gruppe des hiesigen 10. Arrondissements
gleichlautende Briefe erhielten, worin verlangt
wird, daß General Boulanger, welcher nunmehr
wegen Verbrechen gegen das gemeine Recht an-
geklagt sei, sofort vor ein Kriegsgericht gestellt
werde, da es für die Wähler von Wichtigkeit
sein müsse, zu wissen, ob der Agitator wirklich
ein Verräther ist oder nicht. Man ist selbstver-
ständlich auf die Beantwortung dieser Briefe,
beziehnend auf die Maßnahmen der Regierung
um so mehr gespannt, als schon seit einigen
Tagen verschiedene hiesige Blätter über die Zu-
sammenfassung des eventuell notwendigen Kriegs-
gerichts ausführliche Angaben bringen, welche
jedoch allem Anscheine nach als verfrüht anzu-
sehen sein dürften.

Die „scarbe“ fährt in der Veröffentlichung der Aktenstücke des Staatsgerichtshofs fort und bringt heute als dritten Theil die Zeugnisse des Hofkassiers in Madrid Cambon und des Generals Lebefin de Dionne über Boulanger's Verbalten in Tunis. Dieselben enthalten nichts Bemerkenswerthes. — Nach dem „Echo de Paris“ sind bei dem Besuch des Kriegsministers in Savre die Versuche mit dem neuen Artilleriematerial der Foris abgeschlossen. Die drehbaren Lafetten des Oberlieutenants Beigne und die Eisenkanienen des Hauptmanns Pechot wurden vom Oberkriegsrath billigt angenommen. Die Veränderung in der Bewaffnung soll im Frühling 1890 in Toul, Verdun, St. Michel, Nancy, Epinal, Belfort, Grenoble und Nizza vorgenommen werden.

Paris, 1. August. Als wollte die Regierung zeigen, daß sie entschlossen ist, den **Boulangismus** unerbittlich zu verfolgen, hat sie **drei Maîtres abgefeßt**, die alle in den boulangistischen Untrieben eine um so hervorragendere Rolle spielten, als sie dem Parlamente angehört oder noch angehören. Es sind dies der ehemalige Senator von Ille-et-Vilaine, Le Gastard, Maire von Rennes, der viel genannte Abgeordnete desselben Departements, Le Dréssic, Maire von Aurin, und Bacher, Abgeordneter der Gironde, Maire von Trignac, Vizepräsident des National-Komitees. Diese Absetzungen erfolgen, weil Le Gastard anläßlich der Generalratswahlen ein mit Schmähungen gegen die Regierung gepicktes Rundschreiben erlassen hatte und weil die beiden Abgeordneten während der Wahlperiode beständig in öffentlichen Versammlungen erschienen waren, in denen die Beschimpfung der Behörden auf der Tagesordnung stand.

Die republikanische sozialistisch-radikale Gruppe des 10. Arrondissements hat an den Konseilspräsidenten Tirard folgendes Schreiben gerichtet, welches gleichzeitig auch dem Kriegsminister zugestellt wurde:

„Herr Konseilspräsident! Ich habe die Ehre, Ihnen nachfolgende Tagesordnung zu übermitteln, die von der sozialistisch-kapitalen Gruppe des 10. Arrondissements einmütig genehmigt wurde: Die Gruppe, in Anbetracht, daß aus dem gegen den Ex-General Boulanger eingeleiteten Untersuchung hervorgeht, derselbe habe während seines aktiven Dienstes gemeine Verbrechen begangen (Erpressung, Diebstahl u. s. w.). Daß diese Verbrechen, welche von dem Staatsgerichtshof nicht berücksichtigt werden, schon jetzt dem Kriegsgerichte überwiesen werden können, dem sie unterliegen; daß ein durch Paris verhängter Richterpruch die Verurteilung nur erwirken könnte; daß es von Wichtigkeit ist, die Wähler binnen kürzester Frist und im weitesten Maße von der Falschheit und der Unethischkeit dieses unpatriotischen Wählers zu überzeugen; daß wenn es sich um die Rettung der Republik handelt, der Patriotismus befehle, vorzugehen, ohne irgend eine Verantwortung zu scheuen, fordert die Regierung und den Kriegsminister auf, ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie den General Boulanger ungehört vor ein Kriegsgericht verweisen, unbefehlet der Verfolgungen durch den Staatsgerichtshof.“

Der „*Faunce*“ wird aus Nancy geschrieben: „General **de Meribel**, Befehlshaber des 6. Armeekorps, verweilt einige Tage in Nancy, wo er verschiedene Manöver beobachtet. Bei seiner Abreise richtete er an die Truppen folgenden Tagesbefehl: „Der kommandierende General des 6. Armeekorps drückt den Truppen der Garnison von Nancy seine volle Zufriedenheit

über ihre schöne Haltung und die vollständige Korrektheit aus, mit der sie sich bei der Revue vom 28. Juli präsentirten. Er erläßt alle Strafen bis zu fünfzehn Tagen."

Paris, 2. August. (W. T.) Auf Anordnung **Kochers** versuchte gestern dessen Vertreter Vaughan, aus der Wohnung des **Laternmannes** auf dem Boulevard Neuchâton mit leicht verständlichen Möbeln, Bildern, Bronzen u. s. w. heimlich zu „rufen“, ward aber dadurch die Polizei auf Veranlassung des Hausbesizers verhindert, der die Möbel nicht freigeben will, so lange ihm nicht die Miete für den noch zwei Jahre laufenden Kontrakt bezahlt ist. Kocher scheint also auf eine vorläufige Rückkehr nach Paris nicht zu rechnen, eben so wenig **Boulanger**, an dessen Hause neuerdings Mietszettel heraushängen.

Paris, 2. August. (B. T.) Der „Temp“ will der Reise **Kaiser Wilhelms** nach England keine politische Bedeutung beimessen; die ebenfalls mit dem Ministerium in Fühlung stehende „Liberte“ meint, daß wohl die Orientfragen besprochen werden würden, daß aber ein Verzicht, England in die Tripel-Allianz hineinzuziehen, scheitern würde.

Schweden und Norwegen.

Wie „Post och Tidn.“ meldet, ist nach einer ärztlichen Konsultation in Franzensbad zwischen dem Professor Bruselius aus Stockholm, dem Geheimen Rath Nagelmaul aus Heidelberg und dem Baderst. Keimel der **Kronprinzessin von Schweden** auf das entschiedenste angerathen worden, den Winter in einem milderen Klima zu erleben, um einer Verschlimmerung des beschwerlichen chronischen Lungenkatarrhs vorzubeugen, auf welchem die Kronprinzessin seit Jahren gelitten hat. Die Aerzte haben dabei als den passendsten Kurort Meran empfohlen. (Gegenwärtig weist die Kronprinzessin zur Nachkur in Reichenhall.)

Rußland.

Petersburg, 2. August. (B. L.) Der hiesige russische Gesandter, **Schafir Pascha**, dem im Juni auf sein Urlaubsgesuch von seiner Regierung ein Aufschub angethan wurde, erstattet nunmehr den Urlaub bewilligt und reist heute ab, erst nach Konstantinopel, dann nach Paris zur Ausstellung. Herr **v. Giers** tritt in der zweiten Hälfte des August eine Reise ins Ausland an; gerichtlichseits verläutet, er werde entweder den Zaren nach Berlin begleiten oder ihn dort erwarten. Giers weist seit Juni auf seiner Befestigung in Krimland, von wo er nur vorübergehend zum Vortrag nach Petershof kommt. Herrn v. Giers war, als der Zar wegen stürmischen Wetters bei der Rückfahrt aus den finnischen Schären eine Strecke die finnische Bahn benutzen mußte, der Besuch des Zaren auf seinem Gut zugesagt, doch kam derselbe zur Freude seines Gegners nicht zur Ausführung.

Kaischj, 30. Juli. Wie bekannt, schlepp-
tisch das Projekt des Baues einer Bahn von
Woz nach Kaischj (also an die **preussische**
Grenze) seit einer Reihe von Jahren hin.
Wenn es bis jetzt nicht verwirklicht wurde, so
lag dies keineswegs an finanziellen Schwierig-
keiten, sondern an der ablehnenden Haltung der
russischen Staatsregierung, welche dem Projekt
strategische Rücksichten entgegensetzte. Wie nun
aus guter Quelle verlautet, scheint die Regierung,
dank der Befristung unseres Gencnerues
Birkf. Staatsrats von Daragan, der sich für
die Sache warm interessiert, dem Projekt gegen-
wärtig bedeutend geneigter zu sein. Sie lehnt
aber Staatsgarantie und Staatszuschüsse ab. Das
außenländische Kapitalisten-Konkordium dürfte daher,
wenn nicht alle Anzeichen trügen, in nicht ferne
Zeit in der Lage sein, den Bau der Bahn in
Angriff zu nehmen.

Radom, 31. Juli. Der Gouverneur von Radom hat den Befehl erlassen, daß alle **ausländischen Israeliten** innerhalb zwei bis spätestens drei Wochen unser Gouvernement und das russische Staatsgebiet zu verlassen haben. Zuwiderhandelnde werden durch Zwangsmaßregeln über die Grenze befördert.

Africa.

Die *Lage in Abessinien* hat sich, wie man aus Rom schreibt, nicht sonderlich verändert. König resp. *Kaiser Menelik*, der jetzt fast allgemein anerkannt neue Negus, steht wohl immer am Tana-See, während man seine Gesandtschaft, welche reiche Gesandte und politische Vorschläge bringen soll, in Rom erwartet. Was die Stellung der *Italiener* betrifft, so ist *Keren* besetzt und mit Artillerie versehen, die man mit unerhörten Anstrengungen über den 177 Kilometer weiten, unregelmäßig Bergpfad herbeigeschafft hat. Die ganze Umgegend von *Keren*, die Thäler der *Bogos* und *Harab* erkennen die Oberhoheit Italiens, die ihnen endlich Ruhe und Sicherheit vor räuberischen Ueberfällen verbürgt, mit freudigem Danke an. Andererseits ist das *Roi Ginda* mit *Saati* durch eine Fahrtrasse verbunden, und eine solche wird auch nach *Osmarra* angelegt. Vom *Nessen* des Negus *Johannes*, *Mas Mangaseta*, dem *Schein-Negus*, sieht und hört man fast nichts.

Sairo, 1. August. In Oberegypfen steht zwischen den **englisch-egyptischen Truppen** und den **Derwischen** aufeinander eine Entscheidungsschlacht nahe bevor. Ueber das im Abendblatt von vorgestern gemeldete Treffen bei Anabi bringen Londoner Blätter nunmehr ausführlichere Telegramme, welchen zu entnehmen ist, daß es Lieutenant D'Agular gelang, eine Seitenkolonne der Streitmacht Wad-el-Nunimis zu sprengen. Es standen sich am Ende von Anabi gegenüber: von egyptischer Seite eine Kompanie Infanterie, eine Gebirgsbatterie und ein Detachement Kavallerie; von Seite der Derwische beläufig 400 Streiter zu Fuß und 5 zu Pferde. Obwohl sich die Derwische im Marsch gegen Norden befanden, hatten sie bei der Annäherung des Gegners noch Zeit, eine ziemlich starke Stellung zu besetzen, welche Lieutenant D'Agular nach raschem Einschluß griff, wodurch sich ein lang andauerndes Handgemache entwickelte, in welchem die egyptischen Truppen mit großer Bravour kämpften und einen vollständigen Sieg über die Eindringlinge erröchten. General Greenfield, vom Kanonenmörser angezogen, kam eine halbe Stunde nach Beginn des Gefechtes zur Stelle und hatte noch Gelegenheit, das energische Auftreten seiner Truppen anzuerkennen und für die Einbringung der Geiseln

empathyure.